

Initiativantrag
der sozialdemokratischen Abgeordneten des Oö. Landtags
betreffend
ein Arbeitsplatz-Rettungspaket für Oberösterreich

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, dem Oö. Landtag ein Arbeitsplatz-Rettungspaket für Oberösterreich vorzulegen, welches insbesondere folgende Maßnahmen umfassen soll:

- 5.000 Euro Sanierungsbonus für 10.000 private Wohnbaumaßnahmen
- Ausbildung und Arbeitsplätze für mindestens 1.000 zusätzliche Pflegekräfte
- 100 notwendige Schulbaumaßnahmen vorziehen.

Die Oö. Landesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des vorherigen Arbeitseinkommens einzusetzen.

Begründung

58.115 Menschen waren Ende April in Oberösterreich arbeitslos, weitere 7.715 Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher waren in Schulungsprogrammen des AMS. Das sind negative Rekordwerte. Die Arbeitslosigkeit ist um 91% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Bei Jungen bis 25 Jahren (+113,7%) und in Beherbergung/Gastronomie (+236,4%) sind die Steigerungen sogar noch höher. Seit dem 2. Weltkrieg ist keine vergleichbare Situation bekannt.

Am stärksten wiegt jedoch folgende Aussage der jüngsten Monatsstatistik des AMS Oberösterreich: „Aktuell haben Arbeitslose und von Kurzarbeit betroffene ArbeitnehmerInnen einen Anteil von rund 50% am Beschäftigtensvolumen in Oberösterreich.“ Wenn in einer Familie beide Eltern berufstätig sind, dann ist aktuell – im Durchschnitt (!) – eins der beiden Elternteile arbeitslos oder in Kurzarbeit. Mit voller Härte schlägt auf diese Menschen die geringe Nettoersatzrate in der österreichischen Arbeitslosenversicherung durch. Nur 55% des vorherigen Arbeitseinkommens beträgt das Arbeitslosengeld im Durchschnitt. Das führt zu massiven Einschnitten und kann langfristige Zukunftspläne vernichten. Deshalb treten die unterzeichneten Abgeordneten für die rasche Anhebung des Arbeitslosengelds auf zumindest 70% des vorherigen Arbeitseinkommens ein. Auch in anderen europäischen Ländern wie der Schweiz (79%), Portugal (76%), Dänemark (74%) oder den Niederlanden (74%) ist die

Nettoersatzrate deutlich höher als in Österreich. Irland hat das Arbeitslosengeld sogar verdoppelt.

Die Anhebung des Arbeitslosengelds soll die existentielle Not der Betroffenen lindern und ihnen Hoffnung geben, damit sie auf eine gute Zukunft vertrauen können. Um diese gute Zukunft für Oberösterreich auch tatsächlich zu gewährleisten, brauchen wir allerdings auch konkrete Maßnahmen für Arbeitsplätze wie sie im Antragstext formuliert sind.

So treten die unterzeichneten Abgeordneten für einen Sanierungsbonus für 10.000 private Wohnbaumaßnahmen ein. Der Hauptgrund dafür ist, dass viele Menschen aufgrund der Krise mit Investitionsentscheidungen zurückhaltend geworden sind. Niemand weiß, ob und wann ein möglicher weiterer Shutdown kommt. Die Angst vor einer weiteren Corona-Welle wird täglich von der Bundesregierung befeuert. Diese Stimmungslage ist investitionsfeindlich. Damit dennoch sinnvolle Wohnbaumaßnahmen in ökologische und energetische Sanierungen im Wohnbau getätigt werden, sollen derartige Investitionen im Zeitraum vom 1.9.2020 bis zum 31.12.2021 mit einem nicht rückzahlbaren Landesbonus von bis zu 5.000 Euro zusätzlich zum regulären Förderregime begünstigt werden. Der Landesbonus darf dabei maximal ein Viertel der Projektsumme umfassen. Der große Vorteil dieser Maßnahme ist, dass dem lokalen Bau- und Baunebengewerbe mit vielen kleinen regionalen Aufträgen über die problematische Nach-Corona-Zeit geholfen wird. Das Investitionsloch durch die Corona-Angst kann dadurch gestoppt werden. Zudem zählen Wohnbauinvestitionen zu den besonders arbeitsschaffenden und arbeitssichernden Investitionsmaßnahmen.

Der Pflegeberuf ist ein Mangelberuf. Bereits vor Corona wurden mehr Pflegekräfte gesucht, als am Arbeitsmarkt zu finden waren. Jetzt, da durch die Corona-Krise tausende Menschen ihre Arbeit verloren haben und laut Prognosen nicht alle Unternehmen die Krise überstehen werden, braucht es auch konkrete, sinnvolle Arbeitsplatz-Angebote von Seiten der öffentlichen Hand. Diese gibt es insbesondere im großen Pflegebereich. Oberösterreichweit werden in den Regionen und Zentren Menschen gebraucht, deshalb gilt es, eine Pflegeberufs-Offensive zu starten, die einerseits die notwendige Ausbildung für die jeweiligen Berufe ermöglicht. Andererseits muss die Existenzsicherung für die Berufsumsteiger von Seiten des Landes ausreichend gewährleistet werden. Hinzu kommt die notwendige Unterstützung für die Städte und Gemeinden von Seiten des Landes, um die Beschäftigung der zusätzlichen Pflegekräfte auch finanzieren zu können. Dadurch wird nicht nur derzeit Arbeitslosen eine sinnstiftende Alternative angeboten. Es wird auch die angespannte Arbeitssituation in den Pflegeeinrichtungen verbessert, weil sich die Arbeit auf mehr Schultern verteilt. Von diesem Qualitätsgewinn für die MitarbeiterInnen profitieren natürlich in der Folge auch die BewohnerInnen und KlientInnen der Pflegedienste.

Der Schulsanierungsrucksack in Oberösterreich ist prall gefüllt. Insbesondere die Kürzung der Schulsanierungsgelder wirkt sich über die Jahre immer stärker aus. Deshalb haben jetzt auch viele Schulen große Herausforderungen bei der Rückkehr der SchülerInnen in die Schulen nach dem Corona-Shutdown. Das Land Oberösterreich soll diese Versäumnisse der Vergangenheit nunmehr korrigieren und möglichst rasch zusätzliche Schulbaumaßnahmen aus dem bestehenden Rucksack vorziehen. So werden notwendige Bildungsinvestitionen

vorangetrieben, das oft jahrzehntelange Warten vieler Gemeinden auf Sanierungen hat ein vorzeitiges Ende und in den Regionen wird Geld investiert, was vor Ort arbeitsplatzschaffend wirkt. Der Auftrag des Internationalen Währungsfonds „jetzt möglichst viel Geld auszugeben, um aus der Krise zu kommen“ würde damit auch mit größtmöglichem Sinn erfüllt.

Mit den oben beschriebenen Maßnahmen werden soziale Notlagen vermieden und gleichzeitig möglichst viele Arbeitsplätze in Oberösterreich geschaffen und gerettet. Egal ob wir Oberösterreich wieder groß machen, Oberösterreich entfesseln oder Oberösterreich neu aufbauen wollen – machen wir es gemeinsam im Sinne der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, auf dass wir allen eine gute Zukunft in unserem Land ermöglichen.

Linz, am 11. Mai 2020

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor, Weichsler-Hauer, Binder, Promberger, Schaller, Bauer, Rippl, Müllner, Lindner, Krenn